

BERLINER MORGENPOST

Chefredakteur: H. Köster (abw.)
Verlagsleitung: H.-P. Scherzer
Stellv. Chefred.: J. Anzeiger
Stellv. Chefred.: W. Brückmann

Mitbestimmung ein Fortschritt?

Kr. Bei vielen Reden am 1. Mai ist das Thema Mitbestimmung erwähnt worden. Jetzt hat die den Gewerkschaften nahestehende Hans-Boeckler-Gesellschaft eine sogenannte Dokumentation zum Entwurf eines Gesetzes über die erweiterte Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Großunternehmen veröffentlicht.

Wer die Zweckmäßigkeit der Mitbestimmung prüfen will, wird sich die Frage stellen müssen, ob sie den Unternehmen nutzt und ob sie für die Arbeitnehmer verbesserte Bedingungen mit sich bringt.

Die Arbeitsdirektoren in den Vorständen der Montan-Unternehmen sind vielfach harter Kritik aus den Kreisen der Gewerkschaftler ausgesetzt, wenn sie nach ihrer Kenntnis der Verhältnisse handeln.

„Die beste Nachricht“

U Thant begrüßt Kontakt USA-Nordvietnam

(Fortsetzung von Seite 1)

In der nordvietnamesischen Erklärung hieß es weiter, Hanoi meine, daß sich Paris als Gesprächsort ebenso eigne wie die kambodschanische Hauptstadt Phnom Penh oder Warschau.

Hanoi habe bereits am 3. April die Bereitschaft zu Kontakten mit den USA erklärt. Nachdem aber Präsident Johnson versichert hatte, er würde Gespräche an jedem Ort führen, habe er eine Bedingung nach der anderen vorgeschoben, um die von Nordvietnam vorgeschlagenen Verhandlungsorte Phnom Penh und Warschau zurückzuweisen.

Die Linke schafft der Rechten Auftrieb

Bürger, welche die Weimarer Zeit bewußt miterlebt haben, sehen mit Bestürzung die Parallelen. Die Linke schafft der Rechten Auftrieb. Die Begründung für die Notstandsgesetze, die der Wahrdreiner und Bundeskanzler Kiesinger laut „Report“ vom 29. 4. 68 bei einer öffentlichen Kundgebung in großem Zorn anführte, gibt zu sehr zu denken.

Leserbriefe

Das ist eine entscheidend belastete Person. Wer will es unter diesen Umständen der großen Anzahl deutscher Heimatvertriebenen verbieten, wenn sie diesmal ihre Stimme nicht der SPD geben haben, die ihnen jahrelang Garant für die Durchsetzung ihrer sozialen und nationalen Forderungen war?

Persönlichkeiten“ sprechen, wenn Gewerkschaftsführer in Aufsichtsräten Preiserhöhungen zugestimmt haben, ihre eigenen Gewerkschaften dies aber dann in der Öffentlichkeit kritisieren.

Die erweiterte Mitbestimmung, die es in keinem der Länder gibt, mit denen unsere Wirtschaft in Wettbewerb steht, würde nicht nur die Bürokratie in den Betrieben verstärken, sie würde auch die Beweglichkeit der Unternehmen erheblich hemmen.

In Betrieben, bei denen es nicht nur um die Erzeugung irgendeines Gebrauchsgegenstandes, sondern um die Produktion geistiger Erzeugnisse geht, wie bei Verlagen, könnte die erweiterte Mitbestimmung den Weg zu einer Geschmacks- und Meinungs-diktatur öffnen, die heute dank des Wettbewerbs nicht aufkommen kann.

Das Ziel einer engeren Bindung der Arbeiter und Angestellten an ihre Betriebe und unsere Wirtschaft ist am besten durch Löhne und Gehälter, die der Produktivitätsentwicklung entsprechen, und eine möglichst breite private Vermögensbildung zu erreichen.

Große Koalition zwei Tage unter Denkmalschutz

Auf Schloß Heimerzheim störte nur der Düsenjägerlärm

Von unserem Bonner Korrespondenten Werner Erdsack

Nachtsicht und nur der Form halber leicht mit dem Zeigefinger drohend ließ es der junge Mann im unauffällig grauen Anzug geschehen, daß der Knirps das sorgfältig bewachte Gemäuer mit einem schweren Feldstecher absuchte.

Denkmalschutz stehende Schloß Heimerzheim fiel, das ist ein echtes Geheimnis der Regierung und wohl auch der Familie Böselager. Geht man den Spuren nach, so findet man bisher nicht einmal denjenigen, der als erster diesen Geheimtip gegeben hat.

Und so kam es, daß die hohen Herren bei dem strahlenden Flugwetter, das gestern herrschte, beim Öffnen der Fenster zusammen mit Sonnenschein und lauer Frühlingsluft auch das von nur wenigen Pausen unterbrochene Heulen der Starfighter-Triebwerke in ihren Burgsalz hereinlassen mußten.

Schließlich muß es ja seinen Grund haben, daß schon über hundertfünfzig Jahre vor den Chefs der Großen Koalition noch berühmte Gäste dort einkehrten: Kein geringerer als Napoleon I. war es, der sich mit seiner Josephine in dieses idyllische Nest zurückzog, wenn er bei seinen rheinischen Untertanen nach dem Rechten sah.

Berlin-Frage im Vordergrund

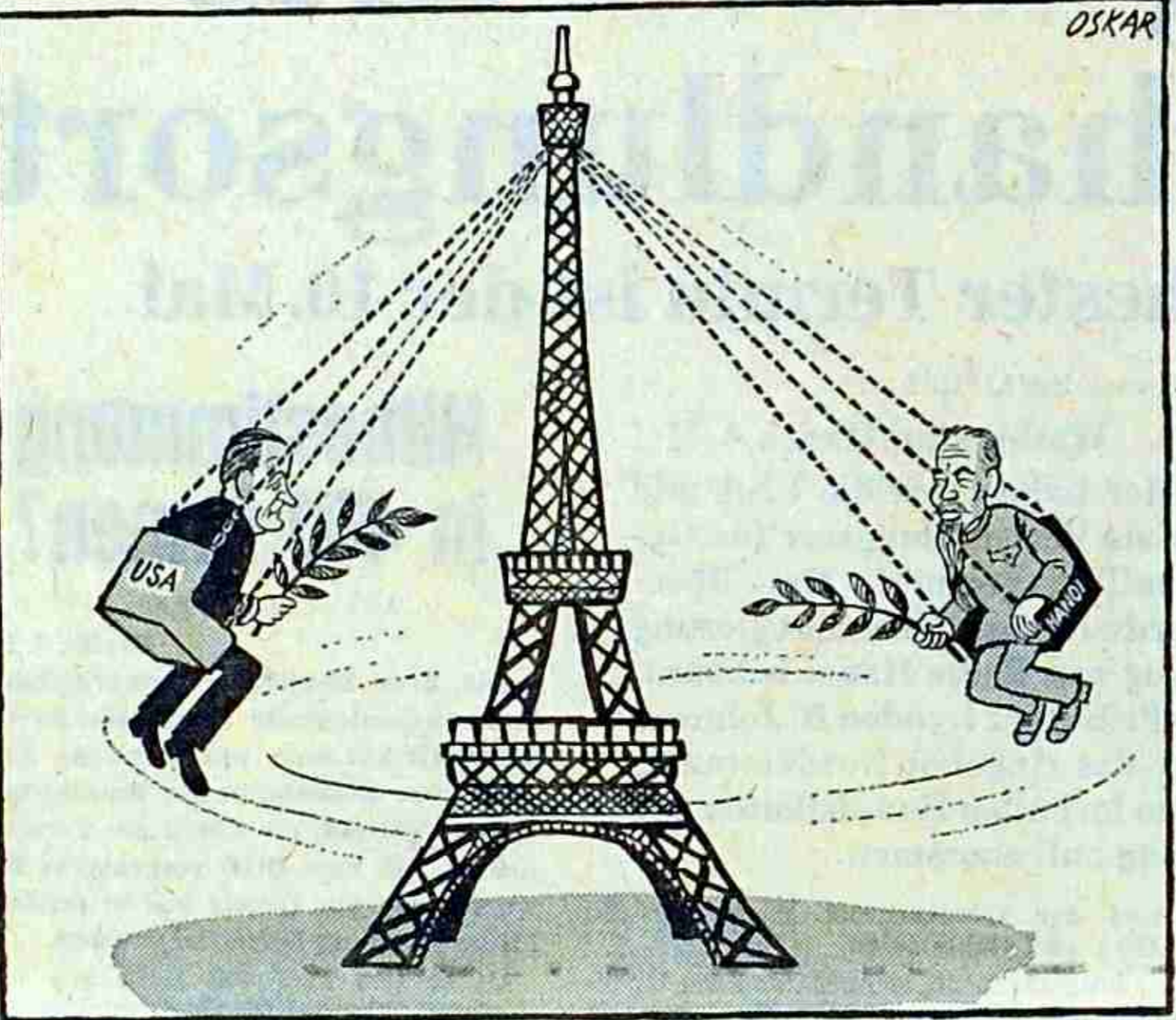
(Fortsetzung von Seite 1)

Nach den Worten des stellvertretenden Regierungssprechers Conrad Ahlers handelte es sich bei der Konferenz in Heimerzheim um eine „gründliche Aussprache über die Stellung Deutschlands in der Welt und über die außenpolitischen Fragen, die zur Zeit für Deutschland anstehen“.

Wie der Sprecher mitteilte, sind alle deutschen Auslandsvertretungen angewiesen worden, den Regierungen, bei denen sie akkreditiert sind, die Haltung Bonn in der Frage des Berlin-Verkehrs zu erläutern und darauf hinzuwirken, daß die Maßnahmen Ost-Berlins die Politik der Entspannung gefährden, an der die Bundesregierung ihrerseits nach wie vor festzuhalten wünsche.

Über die Situation Berlins nach den von der Zone verfügte Verkehrsbeschränkungen sprach der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Kurt Birrenbach gestern mit US-Außenminister Dean Rusk. Dabei wurde, wie dpa meldet, vor allem erörtert, ob es sich bei diesen Aktionen um eine sowjetische Initiative oder um einen einseitigen Schritt des SED-Regimes handelt.

Das Karussell dreht sich wieder



Absage der Kirche an jede revolutionäre Gewalt

EKD: Bestehendes nicht um jeden Preis rechtfertigen

(Fortsetzung von Seite 1)

Mit Recht mache der Staat geltend, daß er um seiner rechtsstaatlichen Grundlagen willen der Autorität bedarf und der Mittel, sie zu wahren. Demgegenüber sei allerdings die seit langem schleichende Autoritätskrise in Staat und Gesellschaft jetzt offen zum Ausdruck gekommen.

Revolutionäre Gewalt zur Erreichung gesellschaftlicher Ziele könne in einer komplizierten Industriegesellschaft nicht verantwortet werden, stellt die EKD weiter fest. Auch die Unterscheidung einer Gewaltanwendung gegen Personen und Sachen sei unbrauchbar, da die Grenzen immer fließend seien.

Zwei SED-Mitglieder waren in mehreren Sitzungen des „Zentralausschusses der außerparlamentarischen Opposition“ anwesend. Das teilte der polische Referent in der Studentenvertretung der Berliner TU, Bühnemann, gestern mit. Die dabei täglich aufgetretenen „Gegensätze sollen weiter diskutiert werden. Die von der SED propagierte „Einheitsfront“ sei „Blödsinn“.

Prawda: Schütz ein Provokateur

Deutsche Presse-Agentur

Die Absicht des Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz, durch die Zone in die Bundesrepublik zu reisen, sei eine „vorsätzliche Provokation“ gewesen, von der Bonn Kenntnis gehabt habe. Das schrieb gestern die Moskauer „Prawda“.

Peking reagiert mit Beifall

Springer-Auslands-Dienst

Die Mai-Demonstrationen der „außerparlamentarischen Opposition“ in der Bundesrepublik einschließlich West-Berlins wurden in Peking mit Beifall zur Kenntnis genommen. Die amtliche chinesische Nachrichtenagentur „Neues China“ berichtete ausführlich über diese Kundgebungen und unterstrich, daß dabei „Bilder von Marx, Mao Tse-tung und Ho Tschih Minh mitgeführt“ wurden.

Prager Kundgebung klagt Gomulka an

Associated Press

Mehr als 5000 Menschen, zumeist Studenten, bekundeten gestern in Prag ihre Sympathie für die polnischen Studenten. Durch Abstimmung billigte die Versammlung ein Schreiben an die Warschauer Regierung, in dem das Gomulka-Regime beschuldigt wird, die polnischen Studenten „brutal zu unterdrücken“.

Kurz gemeldet

Verkehr lahmgelegt

Nach einer Kundgebung gegen die Agrarpolitik Bonn legten etwa 500 Bauern mit ihren Traktoren in der Kreisstadt Saarbrückens den Verkehr teilweise lahm.

Zeit ist Geld

Jeder japanische Arbeiter erhält neuem eine wöchentliche Zulage von umgerechnet 4,50 DM in der Zeit



der Ankündigung der Heirat bis zur Hochzeit. Seit diese Regelung gilt, haben die Japaner viel Zeit, bis sie endgültig den Bund fürs Leben schließen.

Noch ein Genie

Zur Reihe der großen russischen Erfinder zählt jetzt auch der „talentvolle Mechaniker“ Kulibin. Wie die „Pravda“ berichtet, wurde er im Jahre 1791 geboren.

Verweis für Professor

Der Hamburger Senat erteilte dem ordentlichen Professor Berthold Spuler einen Verweis. Spuler hatte Studenten, die während der Immatrikulation demonstrierten, zugeführt.

Schüsse auf Hubschrauber

Auf einen Hubschrauber, von dem aus Journalisten die erste Etappe des „Marsches der Armeen“ beobachteten, wurden am Donnerstag Schüsse abgegeben.

Für scharfes Vorgehen

Künftig wird die österreichische Polizei gegen Ruhestörer und disziplinarische Demonstrationen scharf vorgehen, kündigte Innenminister Sorocenic an.

SDS-Funktionär entlassen

Auf freiem Fuß wurde gestern der Hamburger SDS-Funktionär Roth gesetzt, da keine Verdunkelungsbefehle bestanden.

Relativitäts-Theorie

Eine neue Version des Begriffes „relativ“ lieferte der Bonner CDU-Pressesprecher Arthur Rathke.



„Ein Haar an dem Kopf ist relativ wenig, ein Haar in der Suppe jedoch relativ viel.“

Ein Anruf genügt

und schon morgen früh bekommen Sie die große Sonntagsausgabe der BERLINER MORGENPOST ins Haus gebracht.

61 08 828 oder 61 08 829

Gisela schickt Ihnen schon morgen früh die größte Berliner Abonnementzeitung ins Haus!

Die Berliner Morgenpost erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Abonnementpreis: im Haus monatlich 3,70 DM, auswärts bei Postbestellung monatlich 6,30 DM.

Auf dieser Jungferreise werden Sie sich verlieben...

in unser MS „BOHEME“ - das neue deutsche Ferienship (11000 BRT) -

In reizvolle Häfen wie Funchal (Madeira) - Santa Cruz (Teneriffa) - Bridgetown (Barbados) - Fort de France (Martinique) - San Juan (Puerto Rico) - St. Thomas (Jungfern Inseln) - Nassau (Bahama Inseln) - Miami (Florida).



Buchen Sie rechtzeitig: Noch sind in allen Preisklassen von DM 1980,- bis DM 4870,- Kabinen frei. Die 21-tägige Reise mit MS „BOHEME“ beginnt am 16. November in Bremerhaven.

WALLENIUS-KREUZFAHRTEN

General-Agenten: Karl Geuther & Co. - 28 Bremen - Postfach 1924